Vorlagen-Nummer 108/22

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Sitzungsdatum		
1. Kenntnisgabe	Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss	öffentlich	07.04.2022
GoGreen - Bauwer hier: Sachstand	ks- und Grundstücksbegrünungen		

Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.

A 14 - Rechnungsprüfungsamt	Datum: 24.03.2022		
☐ Gesehen ☐ Vorgeprüft gez. Breuer	gez. Leonhardt	gez. Kaever	
1	2	3	4
zugestimmt	zugestimmt	zugestimmt	zugestimmt
zur Kenntnis genommen	☐ zur Kenntnis genommen	☐ zur Kenntnis genommen	☐ zur Kenntnis genommen
☐ abgelehnt	☐ abgelehnt	☐ abgelehnt	☐ abgelehnt
zurückgestellt	zurückgestellt	□ zurückgestellt	zurückgestellt zurü
Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis
einstimmig	einstimmig	einstimmig	einstimmig
□ja	□ja	□ja	□ja
nein	nein	nein	☐ nein
☐ Enthaltung	☐ Enthaltung	☐ Enthaltung	☐ Enthaltung

Sachverhalt:

Mit Schreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit vom 23.11.2021 wurde das Verbundvorhaben "GoGreen: Bauwerks- und Grundstücksbegrünungen – Instrumente und Strategien zur Umsetzung und Aktivierung in der kommunalen Klimafolgenanpassung" im Rahmen der "Deutschen Anpassungsstrategie" (DAS) bewilligt. Die Stadt Eschweiler ist neben der Stadt Aachen Partnerin in diesem Vorhaben, das vom Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr (ISB) der RWTH Aachen koordiniert und durchgeführt wird.

Ziel des Vorhabens ist es, wirkungsvolle Instrumente zusammen zu tragen sowie Strategien zu entwickeln und zu testen, wie Bauwerks- und Grundstücksbegrünungen als aktive Anpassungsmaßnahmen im Klimawandel aktiv gefördert und Gebäude bzw. Grundstückseigentümer*innen zur Umsetzung motiviert werden können.

Außergewöhnliche Wetterereignisse wie Sommertrockenheit, Stark- oder Extremniederschläge und langanhaltende Hitzeperioden haben in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen. Ursache ist zumindest aus Sicht der weltweit führenden und international anerkannten Klimawissenschaftler (IPCC 2022) unbestritten - der menschengemachte (anthropogene) Klimawandel. Dieser ist in NRW durch eine Erhöhung der mittleren Lufttemperatur von 1,6 Kelvin gegenüber der Klimaperiode 1881-1910 sowie weitere Indikatoren statistisch belegt. Eine Beschleunigung der Temperaturzunahme in NRW ist zudem nachweisbar, da diese alleine in den letzten 60 Jahren um 1,0 K gestiegen ist. (Klimafolgen- und Anpassungsmonitoring NRW des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen)

Ein unkontrollierbarer weiterer Anstieg der Temperaturen und der damit verbundenen Zunahme von Extremwetterereignissen werden dann stattfinden, wenn der menschengemachte Ausstoß von Treibhausgasen nicht schnellstmöglich deutlich reduziert und mittelfristig beendet wird. Andernfalls werden die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Folgen für die Weltgemeinschaft, die derzeit schon deutlich erkennbar sind, zukünftig noch weitaus verheerender ausfallen.

Einen Eindruck von den katastrophalen Folgen des Klimawandels und seinen Effekten auf regionale Großwetterereignisse hat die Region und auch Eschweiler bei der Flut im Juli 2021 erfahren.

Um die negativen Folgen für die Menschen in den Städten, für die Stadtnatur (Pflanzen und Tiere), die Gebäude und verkehrlichen Infrastrukturen in Zukunft möglichst gering zu halten, sind neben aktivem Klimaschutz massive Anpassungsmaßnahmen an die genannten Auswirkungen notwendig. Sowohl große, infrastrukturelle Projekte als auch viele kleine Anpassungsmaßnahmen sind dabei hilfreich.

In dicht besiedelten urbanen Räumen ist zum Beispiel der Ausbau von Bauwerks- und Grundstücksbegrünungen eine sinnvolle Anpassungsmaßnahme, mit deren Hilfe sich die Folgen des Klimawandels abschwächen lassen. Sie eignen sich sowohl als Maßnahmen zur Reduzierung des Hitzestresses durch Erzeugung von lokaler Verdunstungskälte und Verschattung, als auch zur Pufferung von Niederschlägen (Wasserretention).

Obwohl zahlreiche Städte deutschlandweit bereits Projekte zur Dach- und Fassadenbegrünung kommunaler und privater Gebäude durchführen, fehlen bislang aber die Kenntnisse über geeignete Instrumente und Methoden, gerade private Hauseigentümer zur Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen zu bewegen. Können bei Neubaugebieten z.B. Gründächer im Bebauungsplan verbindlich festgesetzt werden, fehlt es dagegen im Bestand derzeit noch an geeigneten Instrumenten, die vor Allem auf Freiwilligkeit setzen.

Ziel des Vorhabens ist es daher, wirkungsvolle Instrumente zusammen zu tragen sowie Strategien für die Umsetzbarkeit von Bauwerks- und Grundstücksbegrünungen zu entwickeln und zu testen. So soll der Anteil an klimarelevanten Grünflächen auf kommunaler Ebene erhöht und bislang nicht genutzte Potentiale zur nachhaltigen Anpassung an den Klimawandel aktiviert werden. Hierzu sollen v.a. Hemmnisse, die einer Umsetzung entgegenstehen, sowie Lösungsmöglichkeiten zur Überwindung dieser aufgezeigt werden. Sowohl Motivation zur Eigeninitiative, als auch freiwilliges Engagement im Sinne des Gemeinwohls verschiedener Akteure werden als zentrale Bestandteile gesehen. Daher liegt ein Schwerpunkt des Projektes auf der Untersuchung der Motivations- und Akzeptanzfaktoren verschiedener Zielgruppen (Eigentümer, Investoren) sowie auf dem Prozess der Kommunikation und Beteiligung.

Als ein Ergebnis des Projektes wird jeweils ein Konzept zur Steigerung der Durchführbarkeit von Anpassungsmaßnahmen in Form von Bauwerks- und Grundstücksbegrünungen in den beiden Städten Aachen und Eschweiler entwickelt und die Umsetzung priorisierter Maßnahmen realisiert. Die Ergebnisse sollen im Sinne der Übertragbarkeit bundesweit verfügbar gemacht werden.

Für und in Zusammenarbeit mit den beiden Städten Aachen und Eschweiler soll ein zielgruppenspezifisches Baukastensystem für die drei definierten Handlungsbereiche "Gründächer", "Fassadenbegrünung" und "Vorgärten und sonstige Grünflächen" mit konkreten Maßnahmen, sowie ein System zur Wirkungsabschätzung der Maßnahmen, entwickelt werden.

Das Projekt "GoGreen" fokussiert sich auf die Maßnahmen, die auch von der Bürgerschaft und den Unternehmen getragen werden können. Dabei sollen die Methoden zur Aktivierung der Bürgerschaft, der Unternehmen und anderer Akteure, sowie Finanzierungsmöglichkeiten analysiert und bewertet werden.

Anschließend wird jeweils ein auf die beiden Kommunen zugeschnittener Umsetzungsfahrplan erstellt, welcher neben der Auswahl und Priorisierung der Maßnahmen eine Strategie zur Kommunikation und Organisation enthält. Dieser soll dann anschließend für ausgewählte Maßnahmen im Rahmen eines "Reallabors" umgesetzt werden. Für die Umsetzung des Reallabors soll ab Januar 2023 eine halbe Stelle bei der Stadt Eschweiler für zwei Jahre geschaffen werden.

Das Projekt besteht aus sieben Arbeitspaketen:

- AP 1: Aufbereitung des Kenntnis- und Erfahrungsstandes ("Stand der Technik")
- AP 2: Akzeptanzanalyse (durch Akteursbefragung)
- AP 3: Entwicklung eines Baukastensystems Bausteine der Umsetzung
- AP 4: Entwicklung eines umsetzungsorientierten Maßnahmenkatalogs Strategiekonzept
- AP 5: Exemplarische Umsetzung von Maßnahmen Reallabor
- AP 6: Kommunikation und Beteiligungsformate entwickeln und umsetzen
- AP 7: Dokumentation der Ergebnisse Berichtswesen

Das Projekt ist am 01.02.22 gestartet und soll am 31.01.2025 abgeschlossen werden.

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss wird regelmäßig über die weiteren Projektschritte und Ergebnisse informiert.

Finanzielle Auswirkungen:

Die förderfähigen Kosten für die Stadt Eschweiler belaufen sich insgesamt auf 64.708;16 €, wobei 64.100,16 € Personalkosten sind. Die Förderquote beträgt 90%, so dass Fördermittel von insgesamt 58.237,34 € über die Projektlaufzeit vereinnahmt werden können. Da in 2022 keine Ausgaben geplant sind, sind Aufwand und Ertrag erst in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 relevant. Entsprechende Mittel werden in die Haushaltsaufstellung für den Haushalt 2023 angemeldet.

Personelle Auswirkungen:

Die Bearbeitung des Projektes liegt federführend beim Amt 61, und bindet dort in der Stabsstelle nachhaltige Entwicklung entsprechende personelle Ressourcen. Für die Umsetzung des Reallabors ist die Einrichtung einer halben Vollzeitstelle für 24 Monate ab Januar 2023 vorgesehen. Die Stelle wird bei der Stabsstelle nachhaltige Entwicklung angesiedelt.

Anlagen: